

Büroh

Stimmen zur Glaubwürdigkeit der von **Thomas Jordan** geführten Schweizerischen Nationalbank (SNB), die mit ihrem Entschieden, die quasi fixe Anbindung an den Euro zu beenden, die Realwirtschaft und die Finanzmärkte schockiert hat:

Hans-Kristian Høeysgaard, CEO Oettinger Davidoff: «Der Zeitpunkt kam überraschend für mich. Aber politisch wie auch aus makroökonomischer Sicht ist es sinnvoll, diese temporäre Massnahme zu beenden, damit die Schweiz wieder eine unabhängige Währungspolitik betreiben kann. Aus Unternehmenssicht ist es jedoch dramatisch und wird Oettinger Davidoff hart treffen, das das Exportgeschäft den grössten Teil unseres Geschäftes ausmacht. Das sind wahrlich keine guten Neuigkeiten für unser Budget 2015 und unsere Businesspläne.»

Rolf Soiron, Verwaltungsratspräsident von Lonza und Vorstandsmitglied von Economiesuisse: «Ausserstehende wissen nicht alles, was **Thomas Jordan** und seine Kollegen wissen. Als Betroffener hätte ich eine schrittweise Absenkung sicher lieber gesehen. Ob das von den Märkten so getestet worden wäre, dass die SNB nochmals Milliarden Euro in ihre Bilanz hätte schaufeln müssen, weiss ich aber nicht.»

Nobelpreisträger **Paul Krugman** schrieb in der «New York Times», die Schweizer hätten «einen grossen Fehler gemacht». Die SNB hätte den Kampf gegen die Deflation nicht so schnell aufgeben sollen. Er sieht nicht, wie die SNB ihre Glaubwürdigkeit zurückgewinnen könne. Es sei noch schlimmer, schrieb er am Freitag in seinem Blog: «Das Nachgeben der SNB wird das Leben für die Geldpolitik anderer Länder erschweren, weil es die Märkte daran zweifeln lässt, ob andere Versprechen unkonventioneller Politik Bestand haben werden.»

Was **Jasmin Staiblin**, die Chefin des Stromriesen Alpiq, derzeit über die Nationalbank denkt, ist nicht bekannt. Bekannt ist aber, was sie über unsere Währungshüter dachte, bevor diese den Mindestkurs fallen liessen. Am Montag verteidigte Staiblin die Untergrenze am Jahreskongress der Schweizer Strombranche leidenschaftlich. Denn Strom wird in Euro gehandelt, die Kraftwerke stehen aber in der Schweiz – «und wir können sie nicht an einen anderen Standort beamten», so Staiblin in ihrem Vortrag. Darum sei es beunruhigend, dass zunehmend über eine Aufhebung der Untergrenze debattiert werde. Drei Tage später war diese Geschichte. Ein Sprecher beruhigt auf Anfrage, Alpiq sei von der Aufhebung des Mindestkurses zwar betroffen, kurzfristig seien die Folgen aber verkraftbar. Wie es allerdings längerfristig aussieht, sei offen.

130 Millionen Franken Verlust für Deutsche Bank

Auch US-amerikanische Citigroup leidet unter Aufhebung des Euro-Mindestkurses

Zürich Der Entscheid der SNB hat offenbar auch der Deutschen Bank massive Verluste beschert. Etwa 130 Millionen Franken Einbussen drohen ihr, schreibt das «Wall Street Journal» unter Berufung auf Insider. Citigroup würden Verluste in gleicher Grössenordnung erwachsen. Auch die englische Bank Barclays, Hedgefonds und Devisenhändler sollen geblutet haben. Das Nachsehen haben auch viele Städte in Deutschland. Allein der Schuldenberg der Stadt Essen sei inners Minuten um 75 Millionen Euro gewachsen, berichtet «RP Online». Insgesamt habe der Entscheid der SNB die Städte in Nordrhein-Westfalen bereits 400 Millionen gekostet. Gemeinden des Bundeslandes hatten Ende 2013 Kredite für 1,9 Milliarden Euro in Franken aufgenommen.

Borer vs. Ringierjournalist

Der Ex-Botschafter klagt wegen Verrat von Geschäftsgeheimnissen

Oliver Zihlmann

Bern Ex-Botschafter Thomas Borer hat im vergangenen Dezember einen Journalisten des Ringier-Konzerns aus der Westschweiz verklagt. Wenn Borer gegen Ringier zu Felde zieht, droht erfahrungsgemäss eine Schlammschlacht. 2002 mussten sich «Blick» und «SonntagsBlick» für Affäre-Berichte bei Borer entschuldigen, er erhielt eine Millionenabfindung, ein Stillhalteabkommen wurde unterzeichnet. Seither herrscht ein eisernes Borer-Verbot bei Ringier.

Doch im vergangenen Oktober geriet ausgerechnet die Westschweizer Qualitätszeitung «Le Temps» mit dem Ex-Botschafter aneinander. Das Blatt gehörte zu diesem Zeitpunkt erst seit sechs Wochen zu Ringier, hatte mit der früheren Schmuddelaffäre nichts zu tun und war sich wohl nicht bewusst, dass es mit dem neuen Eigentümer gleich noch eine jahrzehntealte Borer-Fehde erbe.

Die Journalisten von «Le Temps» gerieten an Dokumente, die angeblich Einzelheiten über

Borers Lobbytätigkeit für den Staat Kasachstan verraten, und konfrontierten ihn damit. Borer sagt, es handle sich um private E-Mails, ein Hacker müsse sie gestohlen haben. Er meldete sich empört bei Ringier-CEO Marc Walder und verlangte, den Bericht zu stoppen. «Dieser Konzern hat meine Persönlichkeitsrechte bereits einmal massiv verletzt», sagt Borer. «Ich erwarte, dass er mir gegenüber Zurückhaltung übt.» Doch es half nichts. Am 22. Oktober berichtete «Le Temps», wie Borer vom Vize-Justizminister Kasachstans «grünes Licht» verlangte, um im Parlament zu intervenieren.

Borer reichte am 9. Dezember Strafanzeige bei der Zürcher Staatsanwaltschaft ein. Der Vorwurf: Datendiebstahl. Niemand habe in diese Mails Einblick gehabt, und die Kasachen hätten sie ja wohl nicht herausgegeben. Er, Borer, sei also professionell gehackt worden. Den Journalisten von «Le Temps» verklagte er, weil er mit der Publikation gehackter E-Mails womöglich Geschäftsgeheimnisse verletzt habe, was strafbar wäre. Am

23. Dezember hat die Zürcher Staatsanwaltschaft den Fall angenommen und ermittelt derzeit gegen unbekannt wegen Datendiebstahls, wie sie bestätigt.

Borer hilft Kasachstan bei einem Rechtshilfeverfahren

Ringier wollte sich zu den Vorgängen nicht äussern, «Le Temps» lässt verlauten, ihr Journalist habe seinen Artikel nach allen Regeln der Kunst verfasst. Er werde in der Sache hartnäckig weiter recherchieren und Artikel veröffentlichen.

Urs Saxer, Rechtsprofessor und Medienanwalt, sagt: «Eine Klage gegen Journalisten wegen Verletzung von Geschäftsgeheimnissen ist gemäss Bundesgericht grundsätzlich möglich, aber bisher fehlt es an klaren Leiturtreilen.» Eine Chancenbeurteilung sei daher schwierig, allerdings könnten E-Mails durchaus als Geschäftsgeheimnisse gelten.

Borer bestätigt bereitwillig, dass er ein Beratermandat für Kasachstan hat. Er unterstütze den Staat unter anderem bei einem Rechtshilfeverfahren gegen Viktor Chra-

punow, den ehemaligen Bürgermeister der kasachischen Hauptstadt Astana, der seit 2007 in der Schweiz lebt.

Borer sagt: «Es besteht der Verdacht, dass Herr Chrapunow in dieser Zeit etliche Wirtschaftsdelikte verübte und als Bürgermeister in Kasachstan über seine Familie Dutzende Millionen Dollar illegal beiseite geschafft hat. In der Schweiz haben er und seine Familie mit diesem Geld ein Immobilienimperium aufgebaut, das wäre dann Geldwäscherei. Vor allem macht misstrauisch, wie ein einfacher Bürgermeister plötzlich zu Dutzenden von Millionen kommt.»

Marc Comina, Sprecher der Familie Chrapunow, bestreitet das: «Thomas Borer macht sich hier zum Komplizen der kasachischen Diktatur und verbreitet Anschuldigungen, die von der Justiz eines totalitären Staates fabriziert wurden, um einen politischen Gegner zu diffamieren.»

Im Fall Kasachstan führt die Genfer Staatsanwaltschaft Ermittlungen wegen Geldwäsche.



Nicht erfreut: Thomas Borer klagt wegen Datendiebstahls gegen Journalisten von «Le Temps»

Foto: Keystone

Buchungsstillstand in der Hotellerie

Wie der teure Franken dem Tourismus und vielen weiteren Branchen das Geschäft vermiest

Zürich Für eine Branche ist Thomas Jordan ein besonders übler Spielverderber: Heute Sonntagabend steigt in Genf das glamouröse Fest zum 25-Jahr-Jubiläum des existierenden Genfer Uhrensalons. Überschattet wird es durch die schockartige Verteuerung des ohnehin schon hoch bewerteten Frankens – ausgelöst durch den SNB-Chef.

Die Uhrenindustrie ist eine der Branchen, die am stärksten darunter leidet. In der Schweiz setzt sie nur 5 Prozent ab, wobei selbst das nur dank ausländischen Touristen möglich ist. Die Erlöse fallen grösstenteils in Fremdwährungen an, die nun massiv abgewertet sind. Die Kosten hingegen entstehen

mehrheitlich in der Schweiz. Wegen des Prädikates Swiss made ist es zudem nur beschränkt möglich, vermehrt Uhrenkomponenten zu importieren oder gar Produktionschritte ins Ausland zu verlagern. An der Börse sind denn auch die Aktien der Luxusgüterkonzerne Swatch Group und Richemont unter die Räder geraten: Die Wochenverluste betragen 19,4 beziehungsweise 22,4 Prozent.

Umrechnungsnachteile werden den Bausektor hart treffen

Gleich ergangen ist es dem Medtech-Konzern Straumann (-24,7), der bezeichnenderweise aus der Uhrenindustrie hervorgegangen ist. Der Umsatz wird hauptsächlich

im Dollar- und Euroraum erwirtschaftet, die wichtigste Produktionsstätte liegt im Berner Jura.

Wenig beachtet wurden bisher die Schwierigkeiten des Bausektors. Die Bank Vontobel erwartet für Belimo, Forbo, Geberit, Holcim, Kaba, Schindler und Sika die höchsten Umrechnungsnachteile. Sollte der Eurokurs anhaltend um 1 Franken pendeln, würden Einbussen im zweistelligen Prozentbereich resultieren. Geberit könnte sich veranlassen sehen, die Preise in der Schweiz erneut zu senken. Holcim schickt sich an, mit der französischen Lafarge zu fusionieren. Das Aktienaustauschverhältnis von 1:1 könnte nun durcheinandergeraten.

Vollends misslich ist die Lage für die Hotellerie. Laut Jürg Schmid, Direktor von Schweiz Tourismus, trüben bereits Annullationen ein. «Meine Gespräche mit Hoteliers zeigen, dass mittlerweile auch fast ein Buchungsstillstand eingetreten ist – obwohl das derzeitige Winterwetter normalerweise zu einer regelrechten Buchungswelle führen würde.» Vor allem Gäste aus den Nachbarländern überdenken ihre Reisepläne für Wochenenden oder Skiferien. Die Planungssicherheit habe für die Gäste aus dem Euro-land massiv gelitten. Wegen der volatilen Wechselkurse wussten sie nicht, wie viel ihre Ferien letztlich kosten.

Victor Weber, Cornelia Krause



Eric Bürgler

Zürich Sparer gehören zu den Verlierern der jüngsten Entscheide der Schweizerischen Nationalbank. Daran ändern die beruhigenden Worte von SNB-Chef Thomas Jordan nichts. «Ich gehe nicht davon aus, dass Banken für Kleinsparer Negativzinsen einführen», sagte er an der Medienkonferenz zur Aufhebung des Euro-Mindestkurses. Die Geldhäuser hätten Interesse daran, solche Kunden langfristig zu behalten.

Doch derzeit sind Sparer vor allem eine Last. Ab dem 22. Januar verlangt die Nationalbank für Einlagen der Banken ab einem gewissen Freibetrag einen Strafzins von 0,75 Prozent. Die Institute werden versuchen, diese Kosten auf ihre Kunden abzuwälzen, sagt Benjamin Manz vom Vergleichsdienst Moneyland. «Die Zinsen auf Konten dürfen 2015 weiter sinken, während die Gebühren für Bankdienstleistungen tendenziell steigen. Das hat den gleichen Effekt wie Negativzinsen, nur sticht das den Kunden weniger ins Auge.» Dass Banken die Zinsen für Privatkunden ins Minus drücken, erwartet auch Manz nicht. «Das wäre schlechtes Marketing», sagt er.

Differenz von über 500 Franken zwischen den Banken

Doch schon die derzeitigen Konditionen sind für Sparer frustrierend. Während Hypothekarkredite so billig sind wie noch nie, tendieren die Zinsen auf Sparkonten nahe gegen null. Wer 40000 Fran-

ken während zweier Jahre auf die hohe Kante legt und über sein Lohnkonto simple Dienstleistungen abwickelt, legt drauf, wie ein Vergleich von Moneyland zeigt (vgl. Tabelle). Die Kosten für Kontoführung, Zahlungsverkehr und Karten fressen die Zinserträge auf. Dabei sind die Unterschiede zwischen den einzelnen Instituten

beträchtlich. In einer Auswahl von zehn Banken beträgt die Differenz zwischen dem teuersten und günstigsten Institut über 500 Franken. Beim Vergleich ging Moneyland von einem Durchschnittskunden aus, der seine Kredit-, Maestro- und Postkarte vor allem in der Schweiz einsetzt und seine Zahlungen online abwickelt. Ein indi-

vidueller Vergleich kann abweichende Resultate bringen.

Im Gegensatz zur Krankenkasse, bei der jährlich über 8 Prozent der Versicherten wechseln, sind Kunden gegenüber ihrer Hausbank eher treu, sagt Manz. Mit Paketen, die günstigere Konditionen versprechen, versuchen die Banken, ihre Kunden zusätz-

Die Gebühren fressen den Zinsertrag weg

Bank	Produkte	Total Zinsen minus Kosten nach 2 Jahren
Postfinance	Privatkonto Plus, Sparkonto, Post-, Kreditkarte	-16.05 Fr.
Credit Suisse	Borviva Silver*	-33.55 Fr.
Neue Aargauer Bank	MyNAB Silber*	-36.35 Fr.
Bank Coop	Privatkonto, Sparkonto Plus, Maestro- und Kreditkarte	-57.75 Fr.
Raiffeisen ¹	MemberPlus*	-174.10 Fr.
Migros-Bank	Privatkonto, Anlagesparkonto, Maestro- und Kreditkarte	-285.00 Fr.
Zürcher Kantonalbank	ZKB inklusiv*	-319.60 Fr.
UBS	Individual*	-345.75 Fr.
Waadtländer Kantonalbank	Formule Premium*	-363.35 Fr.
Genfer Kantonalbank	BOGE Set*	-539.35 Fr.

Profil erwachsener Bankkunde

Sparkonto: 40 000 Franken
Privatkonto: 10 000 Franken

Durchschnittliche Nutzung von Kredit-, EC-, Postkarte, Zahlungsverkehr

* Bankpakete (Privatkonto, Sparkonto, Maestro-, Kreditkarte)

¹ Konditionen gemäss Empfehlungen von Raiffeisen Schweiz. Unterschiede ja nach Filiale möglich.

Quelle: Moneyland

Credit Suisse führt bei Firmen Negativzinsen ein

Wenn grosse Firmen bei der Credit Suisse Geld anlegen, müssen sie dafür bald Zinsen bezahlen. «Aufgrund der derzeitigen Entwicklungen wird bei institutionellen Kunden und grossen Firmenkunden eine Guthabenkommission eingeführt», sagt Sprecherin Daniela Häslar. Für kleine und mittlere Unternehmen gelte die Regelung nicht. Zum Schritt entschloss sich die Bank, nachdem die SNB vergangene Woche bekannt gegeben hatte, den Negativzinssatz von ursprünglich angekündigten -0,25 auf -0,75 Prozent zu verschärfen. Über den genauen Zeitpunkt der Einführung und die Höhe der Kommission für Firmen habe die CS noch nicht entschieden, sagt Häslar.

Auch die UBS spielt offenbar mit dem Gedanken, Zinsen für Gelder von Firmen zu verlangen. «Wir werden weiterhin evaluieren, ob weitere Schritte wie Gebühren oder negative Zinsen angebracht sind», sagt eine Sprecherin. (eb)

Kassenobligationen bringen einen Zins von 0,00 Prozent

Die Freude darüber dürfte sich bei der Post-Tochter aber in Grenzen halten. Das Institut ist vom Negativzins besonders betroffen. Es hat zwar die Banklizenz, darf aber keine Kredite und Hypotheken vergeben. Postfinance weiss deshalb kaum wohin mit all den Spargeldern. Schon jetzt hat sie bei der SNB 40 Milliarden Franken deponiert. Das Kreditverbot bedrängt das Unternehmen immer stärker.

Postfinance demütiert dementsprechend die mögliche Einführung von Negativzinsen für Sparer und Firmenkunden auch nur halbherzig. «Aus heutiger Sicht ist es nicht vorgesehen, dass wir auf unseren Konten für Privat- und Geschäftskunden Negativzinsen einführen», sagt deren Sprecher Johannes Möri. Bei der Zürcher Kantonalbank klingt es ähnlich. «Die ZKB führt bis auf weiteres keine Negativzinsen auf Sparguthaben von Privatkunden und KMU ein», heisst es dort. Die Institute halten sich offensichtlich diese Tür offen. Die Zinsen für Kassenobligationen hat Postfinance vergangene Woche bereits gesenkt. Bei Laufzeiten von 2 bis 4 Jahren liegt der Zinssatz bei 0,00 Prozent.

Schweizer Banken betreiben schon lange eine Antisparpolitik

Für den Ökonomen Mathias Binswanger sind Negativzinsen de facto schon Wirklichkeit

Nach der haurrückartigen Aufhebung des Mindestkurses bleibt der Nationalbank (SNB) zur Bekämpfung der Frankenstärke nur noch ein Mittel: negative Zinsen. Bereits ab dem 22. Januar werden Zinsen unter null Teil der offiziellen Geldpolitik sein. Geschäftsbanken müssen dann für einen Teil ihrer Reserven, also des Geldes, das auf den Girokonten der SNB liegt, einen Strafzins von 0,75 Prozent bezahlen, was das Halten von Frankenanlagen weniger attraktiv machen soll.

Allerdings sind negative Zinsen schon längere Zeit Alltag in der Schweiz. Der Vergleichsdienst Comparis.ch hat nicht unrecht, wenn er eine Gegenüberstellung der Konditionen bei verschiedenen Banken mit dem Titel: «Spar-

ren ist nicht umsonst» überschreibt. Zwar wird bei den Banken aus Alibigründen so getan, als ob man den Kunden für Sichteinlagen einen positiven Zins bezahlt. Dieser wird mittlerweile aber fast überall durch Gebühren und Spesen überkompensiert. De facto müssen Kunden, also die Banken, dafür bezahlen, dass sie bei ihnen Geld auf einem Konto halten dürfen.

Ganz ähnlich verhält es sich, wenn man sein Geld in Schweizer Staatsschulden anlegen möchte. Für dieses Privileg muss man dem Bund eine Prä-

mie bezahlen. Schon seit 2011 sind negative nominale Renditen für Bundesanleihen immer wieder zu beobachten, und am Freitag waren sämtliche Renditen von Obligationen des Bundes mit einer Laufzeit von bis zu 9 Jahren im negativen Bereich.

Letztlich sind alle diese negativen Zinsen das Resultat einer globalen Suche nach Sicherheit. In einer Welt, wo viele Währungen und Anlagen nicht mehr als vertrauenswürdig gelten, werden sichere Anlagen knapp und damit teuer. Und die weltweit sicherste Anlage ist nicht Gold, sondern eine Schweizer Bundesobligation.

Dies bewirkt eine entsprechend hohe Nachfrage nach «Eigenossen», deren Preise dann so stark steigen, dass die daraus resultierenden Renditen negativ werden. Und auch die Schweizer Banken haben dermassen viele Kundengelder auf ihren Sichtungskonten, dass sie kein Interesse an weiterem Geldzufluss haben und den Kunden stattdessen eine Gebühr abknöpfen.

Leichte Negativzinsen werden die Aufwertung nicht stoppen

Auf diese Weise sind Banken wieder in einer ähnlichen Situation wie im 17. Jahrhundert in London. Damals entstanden die ersten modernen Banken aus Goldschmiedewerkstätten. Diese lebten teilweise davon, dass Kaufleute gegen

eine Gebühr Geld (vor allem Goldmünzen) bei ihnen deponierten, da sie als sichere Lagerstätten galten. Die Sicherheit wurde damals vor allem durch Diebe bedroht. Heute sind es nicht mehr Raubüberfälle, vor denen Anlagen in der Schweiz Sicherheit bieten. Vielmehr kommt die Bedrohung von der Instabilität der Finanz- und Devisenmärkte und der Schuldenproblematik zahlreicher Staaten.

Mit ihrer Negativzinspolitik gerät die SNB aber schnell in ein Dilemma. Solange im Ausland Krisenstimmung herrscht, werden die bis jetzt nur leicht negativen Zinsen den Geldzufluss in die Schweiz und damit die Aufwertung des Schweizer Frankens kaum stoppen. Am Samstag kostete ein Euro ungefähr einen Schweizer Fran-

ken, was auf die Dauer ein unhaltbarer Zustand ist. Um das zu ändern, müssen die Zinsen in der Schweiz noch stärker negativ werden. Das bekommen aber auch die heimischen Sparer zu spüren, da sie stets noch mehr Strafzinsen bezahlen müssen – egal, ob sie das Geld auf dem Konto liegen lassen oder in Obligationen investieren. Auf diese Weise wird Negativzinspolitik schnell zu einer Antisparpolitik. Dieser Konsequenz sollte man sich bewusst sein.

Mathias Binswanger ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule für Wirtschaft der Fachhochschule Nordwestschweiz in Olten und Privatdozent an der Universität St. Gallen



Binswanger: Weltweit sicherste Anlage ist Geld «Eigenosse»